

**Antrag 9/II/2023**  
**Jusos Brandenburg**  
**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**zurückgestellt**

### **Zusatzqualifikation „Recht“ für Lehramtsstudierende anbieten**

1 Die SPD Brandenburg fordern  
2 die SPD-Fraktion im Landtag so-  
3 wie die SPD-geführten Ministeri-  
4 en auf:

5 1. bei den Verhandlungen  
6 der Hochschulrahmen-  
7 verträge Mittel für die  
8 Implementierung einer  
9 Zusatzqualifikation „Recht“  
10 für Lehramtsstudierende  
11 an der Juristischen Fakultät  
12 der Universität Potsdam be-  
13 reitzustellen, sowie deren  
14 Errichtung zu fördern.

15 2. eine Rechtsfortbildung bei  
16 der Neustrukturierung des  
17 LISUM (Landesinstitut für  
18 Schule und Medien) zu  
19 berücksichtigen.

20

#### **Begründung**

22 Um die nachfolgenden Ge-  
23 nerationen zu mündigen und  
24 selbstbestimmten Bürger\*innen  
25 zu machen, braucht es auch die  
26 Auseinandersetzung mit dem  
27 Rechtssystem. Vor allem für  
28 Studierende der Schulfächer

Die Antragsteller werden ge-  
beten, sich mit den Einbringern des  
Antrags 13 und 14 zu einigen. Aus  
Antrag 13 sollte der Punkt 1 in  
den bestehenden Antrag 9 aufge-  
nommen werden. Antrag 14 soll  
gänzlich integriert werden.

Das Ziel des Antrages soll eine  
entsprechende Vermittlung von  
Inhalten im Mittelpunkt stehen.

29 politische Bildung als auch Wirt-  
30 schaft, Arbeit und Technik, denen  
31 die Aufgabe obliegt, dieses Ziel  
32 zu fördern, ist es daher unerläss-  
33 lich, grundlegende Kenntnisse  
34 erwerben zu können, um dieser  
35 Aufgabe gerecht zu werden. Aber  
36 weder in der Studienordnung für  
37 das Lehramt WAT (Wirtschaft,  
38 Arbeit und Technik) noch für das  
39 der politischen Bildung werden  
40 verbindlich rechtliche Inhalte  
41 vermittelt.

42 Dafür gibt es aber die Mög-  
43 lichkeit, eingetragene Zusatzqua-  
44 lifikationen zu erwerben. Dies  
45 ist auch keine Neuerung in der  
46 Lehrkräfteausbildung. Sie zerti-  
47 fizieren, dass die Studierenden  
48 Kenntnisse in bestimmten Be-  
49 reichen erlangt haben, die un-  
50 ter Umständen auch bei der Be-  
51 werbung an den entsprechen-  
52 den Wunschschulen besonders  
53 berücksichtigt werden können.

54 Da sowohl politische Bildung als  
55 auch WAT unumgänglich Bezüge  
56 zum Recht erfordern (Arbeits-  
57 recht; Staatsorganisationsrecht  
58 und Grundrechtsdogmatik), die  
59 aber mangels Berücksichtigung  
60 im Studium nicht vermittelt  
61 werden, kann den Schüler\*in-  
62 nen nicht ausreichend der Stoff

63 vermittelt werden, der aber für  
64 ein selbstbestimmtes Leben  
65 unumgänglich ist.

66 Daher ist es notwendig, eine sol-  
67 che Zusatzqualifikation anzubie-  
68 ten, um den Studierenden die  
69 Möglichkeit zu gewähren, diese  
70 Kenntnisse zu erlangen. An der  
71 Juristischen Fakultät der Univer-  
72 sität Potsdam können hierfür be-  
73 reits jetzt bestehende Veranstal-  
74 tungen genutzt werden. Einzig er-  
75 forderlich ist die Einrichtung ei-  
76 ner Stelle für Rechtsdidaktik, die  
77 aber auch an einem Lehrstuhl an-  
78 gesiedelt werden kann. So kann  
79 es gelingen, frühzeitig WAT und  
80 PB umfangreich qualitativ aufzu-  
81 werten.

82 In diesem Zuge müssen auch  
83 Fortbildungen für Lehrkräfte  
84 angeboten werden. Da das LI-  
85 SUM derzeit neustrukturiert  
86 wird, soll hierbei die Implemen-  
87 tierung einer Rechtsfortbildung  
88 mitgedacht werden, um auch  
89 bestehenden Lehrkräften die  
90 Chance zu geben, sich in diesem  
91 Bereich besser aufzustellen.